

13. September 2023

PRESSEMITTEILUNG

Bundestag darf Altenpflege-Krise nicht weiter ignorieren

Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) appelliert an Regierungs- und Oppositionsfraktionen, sich endlich um die Krise der Pflegeeinrichtungen zu kümmern. Sonst wird die Altenpflege die Herausforderungen der Zukunft nicht bewältigen können.

Dazu erklärt AGVP-Präsident Thomas Greiner: „Wenn der Bundesgesundheitsminister von einem konsolidierten Gesundheitshaushalt spricht, offenbart das seine Ignoranz angesichts der brisanten Situation der Altenpflege. Die Pflegeversicherung blutet aus und der Haushalt fügt ihr eine weitere klaffende Wunde zu. Eine angemessene und ausreichende Finanzierung der Altenpflege sieht anders aus.“

Wegen der dramatischen wirtschaftlichen Situation der Pflegeheime und -dienste bleiben immer mehr Pflegebedürftige unversorgt, auch die Not der Angehörigen wächst. Das ist die Realität, aber dazu verlieren Regierung wie Opposition im Parlament kein Wort. Dieses Schweigekartell ist beschämend. Immer mehr Menschen suchen vergeblich einen Pflegeplatz, aber die Abgeordneten von Regierung und Opposition schauen weg. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – nach diesem bekannten Prinzip verfahren Regierung wie Opposition. Leidtragende sind die Pflegebedürftigen, denn ohne wirtschaftlich gesunde Heime und ambulante Dienste droht der Versorgungskollaps.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte: Leon Virchow (am 13. September 2023)
Andrea Renatus (ab 14. September 2023)

Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710

Mail: virchow@arbeitgeberverband-pflege.de (am 13. September 2023);
renatus@arbeitgeberverband-pflege.de (ab 14. September 2023)

Webseite: www.arbeitgeberverband-pflege.de

Der Arbeitgeberverband Pflege e.V. (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessensvertretung von 955 Mitgliedsunternehmen mit rund 80.000 Beschäftigten in der Altenpflege.

Als starkes Bündnis gestaltet der AGVP gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in der für fünf Jahre berufenen Pflegekommission die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Altenpflege.